Unser Az.: 06 21 01; Ihre E-Mail vom 30.10.2019

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Fischer,

mit Interesse haben wir Ihre Ausführungen zur Eingruppierung von Kommunalkassenverwalterinnen und Kommunalkassenverwaltern aufgenommen.

Vor dem Hintergrund, dass sich aufgrund der Einführung der Doppik und im Rahmen der Einführung der Anlage 1 – Entgeltordnung zum TVöD (VKA) mit den Regelungen der Vorbemerkung Nr. 7 der Grundsätzlichen Eingruppierungsregelungen dieser Anlage u. E. aber keine wesentlichen Veränderungen im Tarifrecht ergeben haben, hat unser Verband dazu keine allgemeinen Ausführungen im Rahmen eines Rundschreibens veröffentlicht, sondern berät seine Mitglieder einzelfallbezogen bei fernmündlichen oder schriftlichen Anfragen.

Die Eingruppierung in die in Betracht kommende Entgeltgruppe hängt im Rahmen der Eingruppierungsgrundsätze des § 12 Abs. 2 TVöD bekanntlich davon ab, ob mit mindestens zur Hälfte der Arbeitszeit Arbeitsvorgänge zu bearbeiten sind, die den tariflichen Anforderungen dieser Entgeltgruppe entsprechen, und ob (u. a. im Bereich des KAV Niedersachsen) die Erfüllung der jeweils geforderten Angestelltenprüfung als subjektive Eingruppierungsvoraussetzung (Vorbemerkung Nr. 7 der Grundsätzlichen Eingruppierungsregelungen der Anlage 1 zum TVöD i. V. m. § 12 Abs. 2 Satz 6 TVöD) von der/dem jeweiligen Beschäftigten nachgewiesen wird, sofern kein Ausnahmetatbestand von der Ausbildungs- und Prüfungspflicht besteht.

Die Anlage 1 – Entgeltordnung des TVöD weist (wie schon im BAT) aus

- spezielle Tätigkeitsmerkmale für Beschäftigte im Kassen- und Rechnungswesen (Teil B Abschnitt XIII der Anlage 1 zum TVöD)
- und
- allgemeine Tätigkeitsmerkmale für Beschäftigte im Büro-, Buchhalterei-, sonstiger Innendienst und Außendienst (Teil A Abschnitt I Ziffer 3 der Anlage 1 zum TVöD).

In den speziellen Tätigkeitsmerkmalen für Beschäftigte im Kassen- und Rechnungswesen sind für Kassenleiter/innen und ständigen Vertreter/innen der Kassenleitungen spezielle Funktionsmerkmale ausgebracht. Aus der Vorbemerkung ergibt sich durch den Verweis auf die Verordnung über das Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden (KuRVO), dass eine Kasse im Sinne des Tarifrechts in Niedersachsen die Kommunalkasse nach § 126 NKomVG ist, so dass Kassenleiter/innen nach dem Spezialitätsgrundsatz (Vorbemerkung Nr. 1 der Grundsätzlichen Eingruppierungsregelungen der Anlage 1 zum TVöD) u. E. nach Teil B Abschnitt XIII eingruppiert sind. Kassen und Zahlstellen im Sinne des Abschnitts XIII des Teil B sind nach der Vorbemerkung dieses Abschnitts XIII des Teil B nur die in der Verordnung über das Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden (KuRVO) als solche bestimmten. Damit haben die Tarifvertragsparteien (weiterhin) geregelt, was eine – zwischenzeitlich auf Grundlage des jeweiligen Kommunal-, Kassen- und Haushaltsrechts vom jeweiligen Bundesland geregelt – Kasse im Sinne des bundeseinheitlich im Geltungsbereich des TVöD (VKA) anzuwendenden Tarifrechts ist. Somit ist eine Kasse im Sinne der Vorbemerkung des Teil B Abschnitt XIII und damit im Sinne der KuRVO in Niedersachsen die Kommunalkasse nach § 126 NKomVG anzusehen, wonach die Kommunen verpflichtet sind, eine verantwortliche Person als Kassenleitung für die Abwicklung der Kassengeschäfte zu bestellen.

Auch nach Inkrafttreten der Doppik sehen wir diese speziellen Tätigkeitsmerkmale des Teils B Abschnitt XIII für Kassenleiter/innen weiterhin als einschlägig an. Diese Rechtsauffassung ist im Übrigen auch mit unserem Dachverband, der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), abgestimmt. Die VKA vereinbart als Spitzenorganisation im Sinne des Tarifvertragsgesetzes mit den Gewerkschaften die Tarifverträge für die der VKA angehörenden kommunalen Arbeitgeberverbände und ist damit Verhandlungspartner der Gewerkschaften auch für unseren Verband ist.

Das Hessische Landesarbeitsgericht (damals: LAG Frankfurt/Main) hat mit Urteil vom 08.11.1984 – 9 Sa 683/84 – festgestellt, dass bei der Eingruppierung von Angestellten im Kassen- und Rechnungswesen weiterhin von der Begriffsbestimmung auszugehen ist, wie sie in der KuRVO vom 02.11.1938 enthalten ist, selbst wenn diese inzwischen in Hessen außer Kraft gesetzt worden sei. Das Bundesarbeitsgericht hat bei

einem Leiter einer Gemeindekasse die Protokollerklärung Nr. 1 zur KuRVO ebenfalls herangezogen (vgl. BAG, Urt. v. 12.12.2012 – 4 AZR 171/11 –).

Die Tätigkeitsmerkmale für Kassenleiter/innen wurden im Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT (Angestellte im Kassen- und Rechnungswesen) vom 25.06.1969 vereinbart. Die Eingruppierung ist auch von der Anzahl der Kassenbeschäftigten abhängig. Uns ist bekannt, dass seit Inkrafttreten dieser speziellen Tätigkeitsmerkmale im Jahr 1969, als regelmäßig die Kreis-, Stadt- bzw. Gemeindekasse nach den KGSt-Musterverwaltungsgliederungsplänen ein eigenständiges Amt war und kein beleghafter Zahlungsverkehr außerhalb der Kasse erfolgte, das Ein- und Ausgabevolumen sowie die Anzahl der Buchungen von Ein- und Auszahlungen erheblich gestiegen ist und das Volumen der zu verwaltenden Kassenkredite häufig stark zugenommen hat. Zudem ist die eingruppierungsrelevante Anzahl der Kassenbeschäftigten durch die Digitalisierung und die zunehmend bargeldlose Abwicklung des (nun zudem in größeren Verwaltungen dezentral organisierten) Zahlverkehrs kontinuierlich gesunken.

Nach unserer Kenntnis hat die VKA daher bei den Verhandlungen zur Entgeltordnung eingebracht, die speziellen Tätigkeitsmerkmale für die Beschäftigten im Kassen- und Rechnungswesen ersatzlos zu streichen, damit dann die allgemeinen Tätigkeitsmerkmale (wie bei anderen Eingruppierungen im Verwaltungstätigkeiten) u. a. auch für Kassenleiter/innen tarifautomatisch Anwendung finden. Darüber konnte zwischen den Tarifvertragsparteien aber kein Einvernehmen erzielt werden, so dass es zu keiner inhaltlichen Veränderung dieser Tätigkeitsmerkmale aus dem Jahr 1969 kam, sondern die bisherigen Vergütungsgruppen weitgehend nur systematisch einer Entgeltgruppe im Rahmen der zum 1. Januar 2017 in Kraft getretenen Entgeltordnung zugeordnet wurden. Auch im Rahmen des Ende 2017 tarifierten sog. „Pakets zur Entgeltordnung“, in dem die Tarifvertragsparteien u. a. einzelne Eingruppierungsregelungen getroffen haben, wurde in den speziellen Merkmalen für Beschäftigte im Kassen- und Rechnungswesen nur die Streichung eines inhaltsgleichen Tätigkeitsmerkmals, das zwei unterschiedlichen Entgeltgruppen zugeordnet war, vereinbart.

Uns ist bekannt, dass in einzelnen anderen Kommunalen Arbeitgeberverbänden von den vorstehend genannten tarifrechtlichen Regelungen abweichende verbandsinterne Regelungen getroffen bzw. zugelassen wurden. Wir bitten aber um Verständnis, dass wir – wie im Übrigen auch andere Kommunale Arbeitgeberverbände – zunächst an den zwischen den Tarifvertragsparteien vereinbarten Regelungen festhalten und unsere o. g. Rechtsauffassung nicht ohne verbandsübergreifende Abstimmung anders regeln bzw. bis dahin keine anderweitige Auslegung zulassen.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Schmidt

Kommunaler Arbeitgeberverband Niedersachsen

Ernst-August-Platz 10

30159 Hannover

Telefon: 0511 35819-0

Telefax: 0511 35819-21

E-Mail: info@kav-nds.de

Internet: www.kav-nds.de

Bearbeiter: Herr Schmidt

Telefon: 0511 35819-22

Es gilt unsere Datenschutzerklärung auf der Internetseite.

Der Inhalt dieser E-Mail, einschließlich sämtlicher mit ihr übertragener Daten, ist für die ausschließliche Verwendung für den oder die angegebenen Adressaten bestimmt und kann vertrauliche Nachrichten enthalten.

Sollten Sie diese Nachricht irrtümlich erhalten haben, bitten wir Sie, sich mit dem Absender in Verbindung zu setzen und das gesamte fälschlicherweise erhaltene Material zu vernichten. Wenn die Inhalte nicht für Sie bestimmt sind, ist es nicht gestattet, diese zu lesen, zu übertragen, zu verbreiten oder anderweitig zu verwenden.

Der Absender haftet nicht für die Unversehrtheit von E-Mails, nachdem diese den Herrschaftsbereich des Verbandes verlassen haben.